

GÖTTINGER BLÄTTER

11.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Wenn wir uns was wünschen dürften ...

„Mehr Geld“ hatte die Göttinger Linke in ihrem Wahlkampf gefordert. Aber was würden wir eigentlich mit diesem „mehr Geld“ konkret in Göttingen verändern wollen?

Beispiel Wohnungen:

Allen ist klar, dass auf dem Wohnungsmarkt in Göttingen so ziemlich alles schief läuft. Erstens: Viele Bevölkerungsgruppen leiden darunter, dass vor allem im unteren Preissegment ein eklatanter Mangel an bezahlbarem, würdigem Wohnraum besteht. Aber auch der Mietspiegel für Wohnungen fast aller Preislagen wird durch Wohnungsmangel unnötig hoch gehalten. Zweitens: In den letzten Jahren wurden vor allem Baugrundstücke für Einfamilienhäuser für diejenigen, die sich etwas Kostspieligeres leisten können, ausgewiesen. Das muss nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass die Stadt auch Baupolitik vor allem als Mittel sieht, ihre klammen Kassen auszubessern. Drittens: Im Laufe des letzten Jahres wurden mehrere größere Geflüchtetenunterkünfte wie auf den Zietenterrassen, an der Europaallee oder am Schützenanger in besonders billiger Schlichtbauweise gebaut. Das hat gleich zwei Nachteile: Die Geflüchteten sind alleine unter sich. Das ist das Gegenteil davon, ein selbstverständlicher Teil der Stadtbevölkerung

zu werden. Viele andere Bevölkerungsgruppen stellen – teilweise voller Neid auf die Geflüchteten – fest, dass sich die allgemeine Situation auf dem Wohnungsmarkt dadurch nicht verbessert hat. Aber wie könnte man das anders und besser machen?

Natürlich müsste man Geld in die Hand nehmen! Wie wäre es zum Beispiel, wenn, unterschiedslos in allen Stadtteilen, meist mehrgeschossig neue Gebäude gebaut würden, in denen Studierende und Geflüchtete, alte Menschen und Familien, Erwerbslose oder prekär Beschäftigte, alle in einem Gebäude, sozusagen „gemischt“, würdige Wohnungen finden würden? Studierende könnten mit Geflüchteten Sprachtandems bilden, von denen beide Seiten etwas haben, nämlich eine neue Sprache lernen. Familien und ältere Leute würden voneinander profitieren, weil die einen oft aufgrund des Erwerbslebens zu wenig Zeit für ihre Kinder haben, die anderen sich freuen, kleine Kinder zu beaufsichtigen, weil ihnen oft zu Hause die Decke auf den Kopf fällt. Und nicht zuletzt: Wenn die Stadt in genügendem Maße solche Wohnungsbaupolitik in kommunaler Trägerschaft betreiben würde, würde sich der gesamte Wohnungsmarkt entspannen.

In dem Zuge sollte die Stadt auch in Angriff nehmen, den verbreiteten Leerstand, sowohl von Wohnungen als auch von Büroetagen, aufzulösen und dadurch für Wohnraum zu sorgen.

Wie das Einfache angeblich nicht verstanden wird

In Hannover hat nach der Kommunalwahl eine Auseinandersetzung über

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Was wünschen ...	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke	11
Kommunaler Wohnungsbau	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2016
ist der 19. November.
Auslieferung am 24. November.

Wohnungsbau in der Presse stattgefunden. Genoss*innen von der LINKEN. Hannover haben unter anderem „100 Millionen Euro jährlich für kommunalen sozialen Wohnungsbau“ zum Mindestkriterium für eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen gemacht. Die Presse und die etablierten Parteien in Hannover fantasierten dann Trabantenstädte vor den Toren Hannovers herbei und versuchten, die Initiative der LINKEN in den Schmutz zu ziehen. Die Wohnungsnot in Hannover ist fast noch größer als die in Göttingen. Natürlich gibt es da eine Menge Nachholbedarf. Aber niemand hat gesagt, dass Tausende Wohnungen in Schlichtbauweise, in Gettos vor der Stadt errichtet werden sollten. Da sind offensichtlich denen, die das behaupten, ihre eigenen Gewohnheiten oder Vorurteile in die Quere gekommen. Ganz im Gegenteil: Damit die schon bestehende Gettoisierung geheilt werden kann, muss die Stadt massiv eingreifen.



Viele moderne Wohnungen, kein großer „Flächenfraß“
auch innenstadtnah geeignet

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Eine Veranstaltungsreihe in Göttingen vom 8. November 2016 bis 6. Februar 2017

Diese Veranstaltungsreihe ist dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Sie dürfen nicht vergessen werden.

In den Konzentrationslagern bündelte sich die nationalsozialistische Politik der Verfolgung, Entrechtung, Entwürdigung und systematischen Ermordung von Millionen Menschen. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Dieser Tag wurde zum Symbol für eine wachsame Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Seit dem Jahr 1996 ist der 27. Januar in Deutschland offizieller „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Gedenken braucht mehr als einen isolierten, staatlichen Gedenktag. Darum betten wir mit unserer Veranstaltungsreihe

den Tag der Befreiung von Auschwitz in seinen historisch-politischen Zusammenhang ein. Die Eckdaten 9. November (Pogromnacht 1938) und 30. Januar (Ernennung Hitlers zum Kanzler 1933) sollen an Schuld und Verantwortung der Deutschen erinnern.

Gedenken braucht einen Standpunkt. Wir müssen feststellen, dass bei der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus heute vor allem wieder die deutschen Opfer etwa von Bombenkrieg oder Vertreibungen in den Vordergrund gerückt werden. Wir, die VeranstalterInnen dieser Reihe, treten solcher und anderer Relativierung entgegen. Wir möchten Zeichen setzen: Gegen Gleichgültigkeit und Vergessen. Gegen die Verharmlosung deutscher Schuld und Verantwortung. Gegen das Fortbestehen rechter Ideologie und rechtsextremer Aktivitäten in Alltag und Gesellschaft.

Erinnerung braucht Wissen. In dieser Reihe wird in öffentlichen Veranstaltungen der Opfer gedacht und durch Vorträge, Lesungen, Begegnungen mit ZeitzeugInnen, Diskussionsrunden, Theater- und Filmvorführungen, Konzerte, historische Stadtrundgänge und Führungen in KZ-Gedenkstätten eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus geführt.

Schwerpunkt der Veranstaltungsreihe ist der Zusammenhang von Kolonialismus und Nationalsozialismus. Unter dem Titel „Schwarze Lebensrealitäten in Deutschland – zwischen kolonialen Kontinuitäten und Widerstand“ wird das Thema mit der Ausstellung „Homestory Deutschland“ der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. und sechs begleitenden Veranstaltungen beleuchtet. Ziel ist es, der dominierenden Geschichtsschreibung durch die Perspektive schwarzer Menschen etwas entgegenzusetzen und so eine Erinnerungskultur zu schaffen, die eine Vielzahl von Menschen anspricht und ihre Erfahrungen berücksichtigt.

<http://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de>

Montag, 9. November, 18 Uhr

Mahnmal am Platz der Synagoge,
Göttingen

... kommt nicht mehr. Vom Verschwinden der Juden aus Göttinger Schulen Gedenkstunde zur Reichspogromnacht in Göttingen

Veranstaltet von der Gesellschaft für christliche-jüdische Zusammenarbeit e.V. und der Stadt Göttingen

Von 1933 an sind jüdische SchülerInnen und Lehrkräfte nach und nach aus Göttinger Schulen verschwunden, oft von einem Tag auf den andern. Aus welchen Gründen und auf welchen Wegen das geschah, dem haben SchülerInnen des Max-Planck-Gymnasiums im Rahmen eines Geschichts-Projekts nachgespürt. Die Gedenkstunde wird an die betroffenen Menschen erinnern und der Frage nachgehen, wie ihr Verschwinden uns heute zur Mahnung werden kann.

Mittwoch, 9. November 2016, ca. 19.30 Uhr (nach der Veranstaltung am Mahnmal der ehemaligen Synagoge)

Begegnungszentrum Löwenstein, Rote Straße 28,
Göttingen

Lange Nacht der Erinnerung; „Todleben. Eine deutsch-polnische Suche nach der Vergangenheit“

Veranstaltet von Jüdisches Lehrhaus e.V.

Gabriela und Uwe von Seltsmann lesen aus „Todleben. Eine deutsch-polnische Suche nach der Vergangenheit“. Uwe von Seltsmann geht der Familiengeschichte seiner polnischen Ehefrau nach und berichtet vom Schicksal ihres Großvaters, der ins KZ Auschwitz verschleppt und dort ermordet wurde, während sein eigener Großvater eine SS-Uniform trug.

Freitag, 11. November 2016, 18.30 Uhr (Einlass 18.00 Uhr)

Ehemaliges Kommandanturgebäude,
Lange Str. 32, Moringen

Das Jugendkonzentrationslager und der spätere Vernichtungsort Uckermark — ein Einblick

Vortrag mit Anja Becker und einer weiteren Referentin der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.
Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Das ehemalige Konzentrationslager für weibliche Jugendliche und der spätere Vernichtungsort Uckermark zählen zu den vergessenen Lagern des Nationalsozialismus. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark arbeitet seit über 10 Jahren daran, die Geschichte des Lagers zu erforschen, Kontakt zu Überlebenden zu suchen und zu erhalten und in Abstimmung mit diesen auf dem Gelände einen würdigen Gedenkort zu gestalten.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 08. November, 20:00 im Berliner Hof

▶ Keine Toten auf Kuba

Der Katastrophenschutz der Insel hat sich auch im Fall des Hurrikans »Matthew« bewährt. Solidarität hilft beim Wiederaufbau

Der Hurrikan »Matthew« hat Anfang Oktober die Menschen in der Karibik und an der Ostküste der Vereinigten Staaten hart getroffen. Nach bisheriger Bilanz fielen ihm Hunderte Menschen zum Opfer, die meisten in Haiti, einige in der Dominikanischen Republik und 24 in den USA. Kuba, über dessen Ostspitze der Wirbelsturm am 4. und 5. Oktober zog und Städte wie Maisí, Imías, San Antonio del Sur und Baracoa zu großen Teilen zerstörte, hat keine Toten zu beklagen. Der Grund dafür ist für westliche Medien ein Tabuthema.

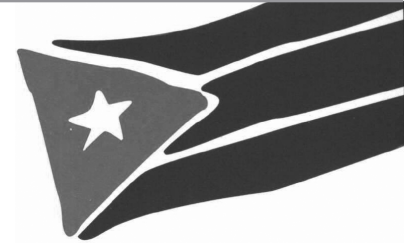
Nach Abzug des Hurrikans plagen die Betroffenen in der Karibik ganz unterschiedliche Sorgen. Nach Schätzung der Vereinten Nationen haben 2,1 Millionen Haitianer unter Sturmschäden zu leiden, 1,4 Millionen von ihnen benötigen dringend humanitäre Hilfe. Da die Ernte vernichtet wurde, droht eine Hungersnot, außerdem breiten sich Seuchen aus. Die 2010 von UN-Blauhelmsoldaten ins Land eingeschleppte Cholera ist erneut auf dem Vormarsch. Kuba und Venezuela helfen bereits mit Medikamenten und Ärztebrigaden. Anfang vergangener Woche nahm eine Gruppe von 38 Spezialisten zur Seuchenbekämpfung, die das Kontingent der 600 bereits in Haiti eingesetzten kubanischen Ärzte verstärken, die Arbeit auf. Der reiche Nachbar USA ist zu derartigen Hilfsaktionen – wie schon bei der Bekämpfung der Ebolaseuche in Westafrika – nicht fähig. In den Vereinigten Staaten fürchten nun nicht oder nur schlecht versicherte Hausbesitzer, wie Tausende Leidensgenossen nach den Stürmen »Sandy« (2012) und »Katrina« (2005), von Spekulanten vertrieben zu werden.

Im Osten Kubas, wo »Matthew« eine Schneise der Verwüstung hinterlassen hat, muss niemand Angst vor Spekulanten

haben. Dort werden in dieser Woche die unmittelbar nach dem Abziehen des Hurrikans begonnenen Aufräumarbeiten fortgesetzt. Die Grundversorgung mit Wasser, Strom und Lebensmitteln ist wieder weitgehend gesichert, wozu auch Hilfe aus dem Ausland beigetragen hat. Am Donnerstag legte im Hafen von Santiago de Cuba das erste Schiff aus Venezuela mit 327 Tonnen Hilfsgütern an. Allerdings sind große Teile der regionalen Infrastruktur zerstört, Straßen unbefahrbar und Brücken nur notdürftig repariert. Der Wiederaufbau und die Reparatur von Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden, Strom-, Gas-, Wasser- und Telefonleitungen werden nach Schätzung der örtlichen Behörden noch Monate dauern. Die Regierung hilft den Bürgern zwar mit einem 50prozentigen Preisnachlass auf Baumaterialien für die Instandsetzung ihrer Häuser. Doch für das noch immer unter der US-Blockade leidende Land sind Mängel in anderen Bereichen vorhersehbar. Das deutsche »Netzwerk Cuba« und andere Solidaritätsorganisationen rufen deshalb auf ihren Internetseiten zu Spenden auf.

Es ist einem ausgeklügelten System zur Vorsorge zu verdanken, dass »Matthew« in Kuba keine Toten hinterließ. Ist ein Sturm im Anmarsch, werden Rettungstrupps in die bedrohten Regionen abkommandiert. Transportmittel zur Evakuierung werden bereitgestellt, Katastrophenschutz, Seuchenspezialisten, Rettungseinheiten der Armee und Tausende gut ausgebildete freiwillige Helfer in Alarmbereitschaft versetzt. Alte, Schwache, Kranke und Kinder werden frühzeitig in Sicherheit gebracht.

Nachdem der Hurrikan »Flora« am 4. Oktober 1963 – also nur vier Jahre nach dem Sieg der Revolution – die Insel verwüstet und mehr als 1.000 Menschen-



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

leben gefordert hatte, waren auf Initiative Fidel Castros die ersten Konzepte zur Vermeidung von Opfern und zur Reduzierung der Schäden durch das periodisch wiederkehrende Naturphänomen erarbeitet worden. Heute verfügt Kuba nicht nur über das beste Evakuierungs- und Rettungssystem der Welt, sondern ist auch bei der Beseitigung von Sturmschäden effizienter als andere Länder. An erster Stelle steht dabei immer die Rettung von Menschenleben.

jW, Volker Hermsdorf

▶ Hurrikan Matthew verursacht hohe Schäden im Osten Kuba, Baracoa schwer betroffen, kein Verlust an Menschenleben

Der seit über einem Jahrzehnt schwerste Hurrikan in der Karibik traf am 4. Oktober 2016 die Ostküste Kubas. Mit Windgeschwindigkeiten von über 200 Stundenkilometern war Hurrikan Matthew mit der Kategorie 4 der Saffir-Simpson Skala seit über einem Jahrzehnt der schlimmste Hurrikan in der Karibik. Mit einer Geschwindigkeit zwischen 13 und 17 Kilometern in der Stunde bewegte sich der Wirbelsturm über Jamaica und Haiti und traf am 4. Oktober in Maisí, in der Provinz Guantánamo auf Kubas Küste. Mit schweren Regenfällen, Überschwemmungen sowie schweren Schäden an Gebäuden, Transportwegen und in der Landwirtschaft hinterließ Hurrikan Matthew eine Spur der Zerstörung.

Spenden erbitten wir unter Angabe des Stichwortes „Hurrikanhilfe“
Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 236900,
BIC: BFSWDE33XXX
Konto: 123 69 00, BLZ: 370 205 00
Abzugsfähige Spendenquittungen
sind über unsere Geschäftsstelle
erhältlich:
Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.
0221-2405120, Fax 0221-6060080.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ **Arbeitskampf im Klinikum**

Gewerkschaften in der Bundesrepublik stehen nicht immer im Ruf, an vorderster Front die Interessen ihrer Schützlinge zu vertreten. Exemplarisch sei hier der Arbeitskampf bei Opel 2004 herausgegriffen, wo die Arbeiterschaft unter Gewerkschaftsanleitung genau dann einknickte, als es spannend (also für Opel teuer) wurde.

Doch den Verdianern in Göttingen kann man diesen Vorwurf nicht machen. Ihre Arbeit im Klinikum, dem größten Betrieb unserer Region gleicht zuweilen der des Sisyphus, der als Strafe für was auch immer stetig einen Stein bergan rollen muss, mit dem Unterschied, dass der Klinikumsstein sich auch noch durch stetige Unlustäußerungen unbeliebt macht. Doch nun könnte es sein, dass gleich an zwei Fronten die Gewerkschaft Entscheidendes für die Beschäftigten am Klinikum erreichen könnte: Schauplatz 1 ist die Küche: Hier arbeiten seit der Ausgründung vor zehn Jahren Neueingestellte neben Alteingesessenen, verrichten die exakt gleiche Arbeit und verdienen bis zu 30% weniger. Gut, man kann sagen, bei diesen Gehältern sind 30% nicht so viel, man könnte aber auch sagen, dass bei ohnehin niedrigen Löhnen jeder Abzug schmerzt. Und trotz Job zum Sozialamt zu müssen, ist demütigend. Mittlerweile haben sich aber genug dieser Ausgebeuteten ein Herz gefasst und sind trotz schmalen Geldbeutels in die Gewerkschaft eingetreten, derzeit wird über einen Haustarifvertrag verhandelt. Die Chancen auf eine wesentliche Besserung stehen gut, auch wenn eine komplette Angleichung oder gar eine Rückführung in den Mutterbetrieb noch als zu ambitioniert erscheint. Doch erfolgreiche Kämpfe geben Mut, die Wiedervereinigung Küche-UMG ist noch nicht vom Tisch.

Die zweite Baustelle, an der ver.di endlich einmal etwas bessere Aussichten hat, ist die Pflege. Hier tut ein Erfolg bitter not, ist doch in Niedersachsen eine Pflegekammer in Gründung. Da müssen alle Pflegenden Mitglied werden, müssen dann auch Fortbildungen besuchen, um in ihrem Beruf weiter arbeiten zu können. Die Zwangsmitgliedschaft wird von den

Befürwortern als entscheidendes Kriterium angesehen, eine leistungsstarke Kammer zu etablieren, die Kritiker befürchten eher, dass durch die neuen Abgaben an die Kammer an anderer Stelle gespart werden wird. Und wenn das Segment Interessenvertretung scheinbar schon von der Kammer belegt wird, ist ein Austritt aus der Gewerkschaft umso wahrscheinlicher, je weniger die Leistungen dieser anerkannt werden. Ein Teufelskreis für ver.di, denn mit gesunkenem Organisationsgrad wird es immer schwieriger. Durchbrechen kann das nur ein Erfolg und dieser könnte sich nach einem Blick nach Berlin einstellen:

In Berlin haben die Beschäftigten der Charité nach langen, zähen Verhandlungen endlich erreicht, dass eine Personalmindestbemessung im Tarifvertrag eingeführt wurde. Entspricht der überwiegenden Mehrheit der Pflegenden, die in vielen Umfragen vor die Alternative gestellt, sich lieber für mehr Kollegen denn für mehr Gehalt aussprechen. Und

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 08. November, 20:00 Uhr

Stop Wars - Die Kampagne der SDAJ mit einer Vertreterin der Gruppenleitung der SDAJ Göttingen

MV Dienstag, 22. November, 20:00 Uhr

Faschistische Strukturen in Südostniedersachsen - Referent*in von der A.L.I.

Neuer Ort für die Mitgliederversammlungen!

Neuerdings finden die MV's bei Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72, statt.

auch in Göttingen könnte dieser Ansatz endlich Erfolg zeigen, ver.di jedenfalls ist entschlossen.

▶ **Die Waffen nieder! 8000 demonstrierten in Berlin**

Ginge es nach unseren „Qualitätsmedien“ hat diese Demo gar nicht statt gefunden. In den Printausgaben sowieso nicht, aber selbst Online-Meldungen konnten an fünf Fingern abgezählt werden.

Dabei war die Demo ein guter Neuanfang einer hoffentlich weiter erstarkenden Friedensbewegung. 200 Organisationen und 1500 Einzelpersonen hatten den Aufruf unterschrieben. Auf der Demo wehte ein buntes Meer an Fahnen. Es wurde „Frieden mit Russland“, „Raus aus der NATO“ und „Kooperation statt Konfrontation“ gefordert. Videos und Fotos des Demozuges sind auf friedensdemo.org zu finden. Leider waren Gewerkschaftsfahnen ausgesprochen selten und von SPD oder Grünen sah man garnichts. Letztere sind zu sehr mit Säbelrasseln beschäftigt.



GROBIAN
Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Filmfreunde Grone – Winterprogramm



Das Winterkino Grone zeigt

21. Oktober 2016
Die Choristen-Kinder des Herrn Matthias
18. November
Bestes exotisches Tagetes Hotel
02. Dezember
 special: **Das 5. Element**
16. Dezember
Ein Komiker ist „dann mal weg“
20. Januar 2017
Der 100-jährige
17. Februar
Frauenrechtlerinnen – tun statt reden
03. März
 special: **M. Luther**
17. März
Pauls letzter Marathon
- in der Jona Gemeinde
 (Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)
 ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr
 Eintritt 1 € (für Verzehrbon)
 Es werden Speisen und Getränke angeboten

Winterkino Grone

Die Choristen-Kinder des Herrn Matthias *

Der erfolglose Musiker Clement Mathieu betreut Internatschüler und trotz den widrigen Umständen etwas Glück für die Jungen ab. Warmherziges Drama

Bestes exotisches Tagetes Hotel *

Eine Gruppe britischer Senioren reist ins „Best Exotic Marigold Hotel“ in Indien. Sie sind die einzigen Gäste des völlig heruntergekommenen Hotels. Komödie, very british!

Das 5. Element

Im Jahr 2263 muss der Taxifahrer Korben Dallas die Erde vor der Zerstörung durch das Böse retten. Cooler Science Fiction

Ein Komiker ist „dann mal weg“ *

Nach einem Zusammenbruch begibt sich Hape Kerkeling auf den Jacobsweg und lernt nicht nur sich selbst kennen. Komödie nach dem gleichnamigen Bestseller.

Der 100-jährige *

Kurz vor der Feier zum 100. Geburtstag flieht Allan Karlsson aus dem Altersheim, um dem Rummel um seine Person zu entkommen. Statt dessen stolpert er in eine amüsante Kriminalgeschichte...

Frauenrechtlerinnen – tun statt reden *

Maud Watts, eine junge Wäscherin und Mutter, gerät 1912 in die Kämpfe um das Frauenwahlrecht in England. Die Männerwelt will das nicht zulassen. Drama.

M. Luther *

Die Lebensgeschichte des Reformators im großen Spielfilm.

Pauls letzter Marathon *

Der ehemalige Olympiasieger Paul Averhoff langweilt sich im Altersheim zu Tode und fängt wieder an zu trainieren.

*) Originalfilme – Filmtitel wegen Verleihvorgaben geändert.



Das Winterkino Grone wird veranstaltet von den eine Kooperation der Jona Gemeinde, der „Bürgerinitiative Grone-Süd zum Erhalt der Wohnqualität e.V.“, und der „Groner Bürgerinitiative Antifaschismus“ (GroBiAn)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Donnerstag, 24. November 2016, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag
4. Wahl der Delegierten für die Aufstellungsversammlung der Liste für die Bundestagswahl 2017
5. Wahl der Delegierten für die Aufstellungsversammlung der Liste für die Landtagswahl 2018
6. Berichte aus der Kommunalpolitik, dem KSR und den Ortsverbänden
7. Anträge
8. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 16. November, 19.00, Ort: noch unklar. Treffen vor dem Roten Zentrum
Thema: Vorstellung der Kampagne „STOP WARS - Gemeinsam gegen ihre Kriege!“ durch die SDAJ.

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Kein Treffen im November

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin der Novembersitzung bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Terminseite) erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 15. November, 19.30 Uhr im Gemeindezentrum Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Donnerstag 19 Uhr, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Veranstaltung Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Steuerpolitik:

Revolutionsvehikel oder Wahlkampfpromotor für Konservative?

Dienstag., 29. November, 18 Uhr in Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 73, Göttingen

mit **Kai Eicker-Wolf**, wirtschafts- und finanzpolitischer Referent DGB-Bezirk Hessen-Thüringen,

In Deutschland ist es seit der Jahrtausendwende gelungen, die staatliche Ausgabentätigkeit stark zu beschneiden. Das in diesem Zusammenhang immer wieder zu hörende Argument lautet: „Wir haben über unsere Verhältnisse und zu Lasten der kommenden Generationen gelebt.“

Tatsächlich hatten und haben die öffentlichen Haushalte kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Steuersenkungen – insbesondere für reiche Haushalte und Unternehmen – haben ab dem Jahr 2000 für erhebliche Einnahmeausfälle gesorgt und im Zusammenspiel mit der so genannten Schuldenbremse einen hohen Konsolidierungsdruck verursacht. Folge dieser Politik sind zum Beispiel Kürzungen im Bereich der öffentlichen Investitionen und eine mangelhafte Finanzierung des Bildungssystems.

Kai Eicker-Wolf wird sich im Rahmen seines Vortrags mit Blick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf mit den sich abzeichnenden steuerpolitischen Konzepten der Parteien auseinandersetzen und auch die gewerkschaftspolitischen Positionen benennen.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 27 - Oktober 2016

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die letzte Kreistagssitzung der Wahlperiode 2011 bis 2016 war vergleichsweise kurz und unspektakulär. Große Kontroversen gab es fast nicht mehr. Inzwischen hat sich auch die neue LINKSFRAKTION im Kreistag konstituiert (s. Kasten rechts).

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 – Bericht zur Gleichstellung

Für den vorgelegten Bericht und die geleistete Arbeit erntete die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Frau Kruse, großes Lob von den Abgeordneten. DIE LINKE schloss sich der allgemeinen Einschätzung an. Begrüßt wurden insbesondere die Veranstaltungen zum Thema „Frauen im Rechtsextremismus“ sowie die Mentoring-Programme, die dabei unterstützen und ermutigen sollen, auch für kommunale Mandate zu kandidieren. Mit vielen verschiedenen Maßnahmen wird in der Kreisverwaltung Göttingen und in der Fläche des Landkreises Gleichstellungspolitik aktiv betrieben. In erster Linie ist es die Gleichstellungsstelle, die Impulse für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern setzt. In dem Bericht sind die zahlreichen Aktivitäten und Projekte der Gleichstellungsstelle aufgeführt, die aufzeigen, in welchen Themenfeldern Gleichstellungsdefizite zu beheben und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen ist.

Neue Kreistagsfraktion

Mit Beginn der neuen Wahlperiode gibt es im Göttinger Kreistag nunmehr eine dreiköpfige Fraktion der LINKEN.

Neben den beiden bisherigen Abgeordneten Eckhard Fascher und Andreas Gemmecke ist nun Konrad Kelm neu an Bord.

In der konstituierenden Fraktionssitzung wurde Eckhard Fascher zum Fraktionsvorsitzenden wiedergewählt, Andreas Gemmecke zum Stellvertreter, der auch weiterhin die Vertretung im Kreisausschuss innehaben wird.

Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Sozialpolitik bleiben. Die bisher von uns eingebrachten Forderungen werden wir auch künftig thematisieren. Dazu gehört die vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger nach SGB II, die Beseitigung von Sanktionen, die Sicherung und Ausweitung der SGB II-Beratungsstellen und Forderungen im Bereich der Flüchtlingspolitik (u.a. zur unwürdigen Gutscheinpraxis).

TOP 18 – Fortschreibung des Nahverkehrsplans

Außer der LINKEN stimmten alle Fraktionen für die Fortschreibung des NVP, obgleich deutliche Kritik zu vernehmen war. Eckhard Fascher forderte SPD und Grüne entsprechend dazu auf, den Plan abzulehnen. Bemängelt wurde unter anderem, dass der Plan sich auf veraltete statistische Erhebungen stützt und zu ökologischen Aspekten zu wenige Antworten liefert. Zudem würden zur Barrierefreiheit keine Vorschläge aufgenommen werden, es gehe nur um die Umsetzung gesetzlicher Mindeststandards. Auch eine Verknüpfung zwischen Stadt und Landkreis Göttingen sei konzeptionell nicht zu erkennen. DIE LINKE forderte über die allgemeine Kritik hinaus, künftig auf die Ausschreibung von Verkehrsleistungen zu verzichten und stattdessen den Busverkehr im Landkreis von einem kommunalen Unternehmen durchführen zu lassen. Auch die Einführung des vom Landrat im Wahlkampf angekündigten 5-€-Tickets für den gesamten neuen Landkreis solle nun zügig umgesetzt werden, forderte Eckhard Fascher.

TOP 23 – Resolution gegen Pläne von Kali + Salz

Durch die Kaliförderung des Unternehmens K+S an der Werra fallen seit Jahrzehnten gewaltige Mengen salzhaltiger Abwässer an, die bisher, auf Grundlage einer Erlaubnis aus dem Jahr 1942, direkt in die Werra geleitet werden. Das Unternehmen plant nun, die Abwässer per Pipeline bis zur niedersächsischen Landesgrenze nach Lippoldsberg zu befördern, dort ein gigantisches Speicherbecken anzulegen und die Abwässer von dort aus in die Weser einzuleiten. Der Kreistag unterstützt mit der Resolution die Proteste der Menschen an der Oberweser im Kampf gegen eine Oberweserpipeline und gegen ein Salzwasserspeicherbecken. Der Kreistag lehnt die Planungen vollständig ab, weil moderne technische Anlagen möglich sind, um die umweltschädlichen Salzabwässer bereits am Produktionsort zu vermeiden. Nur die CDU sah die Resolution kritisch und enthielt sich der Stimme.

TOP 26 - Landschaftsrahmenplan

Einstimmig durchgewunken wurde die nicht unwichtige Teilfortschreibung des Landschaftsrahmenplans. Im Mittelpunkt der Fortschreibung standen die Erfassungen von Tierarten, die unter strengem Schutz der FFH-Richtlinie bzw. Vogelschutzrichtlinie stehen: Brutvögel (u.a. der Rotmilan), Fledermäuse, gefährdete Amphibien, Reptilien, Bachneunaugen, Tagfalter und Libellen.

► Gruppenbildung im Göttinger Kreistag

Nach der Kreistagswahl ist DIE LINKE mit nun drei Abgeordneten vertreten. Vorsitzender der neuen Fraktion bleibt Eckhard Fascher. Dietmar Reitemeyer wird weiterhin hauptamtlich im Fraktionsbüro arbeiten.

SPD und Grüne hatten ihre bisherige Mehrheit verloren und werden jetzt zusammen mit den Freien Wählern eine neue Mehrheitsgruppe bilden. In den letzten beiden Jahren hatte die FWLG dem Haushalt zugestimmt und in der Regel die Vorhaben der damaligen Mehrheitsgruppe unterstützt. Diese Mehrheitsgruppe wird inklusive des Landrats über 38 von 73 Stimmen im Kreistag verfügen. Gegenüber dem letzten Kreistag sind jetzt zehn statt bisher sieben Parteien und Wählervereinigungen vertreten:

- Mehrheitsgruppe: SPD 25 + GRÜNE 9 + FWLG 3 (+Landrat)
- CDU 22
- AfD 4
- DIE LINKE und FDP jeweils 3 Sitze
- Alfa, Piratenpartei und DIE PARTEI jeweils 1 Sitz.

Es gibt sieben Fraktionen und drei Einzelmandatierte. Am rechten Rand ist die AfD neu hinzugekommen, auch die FDP konnte wieder Fraktionsstatus erreichen. Neben der AfD-Abspaltung Alfa ist jetzt wie im Göttinger Rat die Satire-PARTEI vertreten.

Auch wenn die im Landkreis Göttingen organisatorisch schwache AfD mit einem Ergebnis von 5,4% und vier Sitzen deutlich schlechter abschnitt als zu befürchten war, hat diese DIE LINKE überflügelt. Für die Ausschüsse hätte dies bedeutet, dass die AfD überall Stimmrecht hätte, DIE LINKE nicht.

Die Piratenpartei hat aber anders als nach der letzten Kreistagswahl mit Mohan Meinhart Ramaswamy einen Kreistagsabgeordneten, der inhaltlich weitgehend mit LINKEN Positionen konform ist und sich beispielsweise in Flüchtlingsinitiativen und der Umweltgewerkschaft engagiert. In Gesprächen zeigte sich auch, dass die Kreistagsabgeordnete der Satire-PARTEI Rieke Wolters sich eine Zusammenarbeit mit unserer Fraktion und Mohan Ramaswamy wünscht und gemeinsam mit uns

linke Inhalte vertreten möchte. Mit einer solchen Gruppe von fünf Kreistagsabgeordneten ist es möglich, selbst in jedem Ausschuss Stimmrecht zu erlangen und für Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss und vor allem Kreisausschuss ein AfD-Stimmrecht zu verhindern.

Die Gruppe wird die Arbeit der alten LINKEN Kreistagsfraktion inhaltlich fortsetzen. So wurden folgende Ziele mit den entsprechenden Aktivitäten bis Redaktionsschluss vereinbart :

- Verbesserung der Situation der Hartz-IV-Empfänger (Keine Sanktionen, höhere KdU etc.)
- Verbesserung der Situation von Flüchtlingen (Keine Gutscheine, Massenunterkünfte etc.)
- Einrichtung neuer IGS
- Besserstellung von Niedriglohngruppen, orientiert an gewerkschaftlichen Forderungen Einsatz für die Beschäftigten (u.a. auch Widerstand bei Auslagerungen)
- Nutzung von digitalen Systemen zur bürgernahen Verwaltung
- Vorrangige Unterstützung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen gegen Gewalt.

- Legalisierung des Badens im Rosdorfer Baggersee.
- Steigerung der Attraktivität des ÖPNV (öffentliches Unternehmen, niedrigere Preise und ein besseres Angebot)
- Wohnungsbauprogramm im Landkreis ermöglichen
- Unterstützung antifaschistischer Projekte wie der Zwangsarbeiterausstellung
- Unterstützung ökologischer Landwirtschaft

Folgende Ausschussaufteilung wurde beschlossen:

- **Andreas Gemmecke:** Kreisausschuss + Wirtschafts- und Verkehrsausschuss
- **Eckhard Fascher:** Sozialausschuss + Schulausschuss
- **Konrad Kelm:** Kulturausschuss
- **Stine Rummel-Strebelow** (als sachkundige Bürgerin): Jugendhilfe
- **Mohan Ramaswamy** (Piraten): Finanzausschuss + Ausschuss für Personal, Organisation und Gleichstellung
- **Rieke Wolters** (DIE PARTEI): Umweltausschuss

Die Gruppe trifft sich montags, um 16.30 Uhr im Fraktionsbüro.

Die endgültige Entscheidung für die Bildung einer Gruppe liegt bei der Kreismitgliederversammlung, die erst nach Redaktionsschluss am 27.10. stattgefunden hat.

Wir trauern um Rose Kany von Trausnitz

Unsere Genossin Rose Kany von Trausnitz ist am 3. Oktober im Alter von erst 59 Jahren überraschend an einem Gehirnschlag verstorben. Rose war im Dransfelder Ortsverband aktiv und dessen Sprecherin.

Rose wurde 1956 im Saarland geboren und ist katholisch erzogen worden. Schon als Mädchen musste sie aber feststellen, dass gläubige Katholiken in ihrem Umfeld ihren Glauben predigten, aber selbst nicht nach diesen Grundsätzen lebten und zudem wenig sozial eingestellt waren.

„Man muss nicht Christ sein, um sozial zu sein!“ Später trat sie dann aus der Kirche aus.

Rose ist gelernte Hauswirtschafterin, hat geheiratet, zwei Kinder geboren und großgezogen. Nach ihrer Scheidung und einigen Enttäuschungen hat sie dann ihren letzten Partner Friedrich (Fritz) Wiechmann kennengelernt, mit dem sie dann noch fünf Jahre glücklich zusammen gelebt hatte. Fritz war fasziniert von ihrer Ehrlichkeit und Toleranz: „Sie hat Toleranz und ein soziales Leben gelebt.“

Rose hatte nämlich ein Herz für Menschen, denen es sehr schlecht ging, auch wenn sie selbst am Existenzminimum lebte. So hat sie beispielsweise häufig Obdachlose beschenkt, sogar mit neuen Schlafsäcken. Auch Tiere und der Tierschutz lagen ihr am Herzen.

Unser Kreisverband hat eine engagierte und aufrechte Genossin verloren. Wir trauern um Rose Kany von Trausnitz.

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Die gute Arbeit von fünf Jahren ist honoriert worden

von Michael Kaufmann, OV Hann. Münden

Neben Göttingen gibt es ab der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 2. November die zweite Stadtrats-Fraktion in unserem Kreisverband. Wir konnten unseren Stimmenanteil sowohl beim prozentualen Anteil wie auch bei den absoluten Stimmen annähernd verdoppeln und das hat uns das zweite Mandat und damit die Fraktion in Münden beschert.

Kirsten Kleins sehr gute Arbeit im Rat und ihre klare, eindeutige Positionierung zu den Problemen in Münden - gerade zu der Situation um den Verkauf/die Privatisierung der Krankenhäuser in Münden - haben einen sehr großen Beitrag zu diesem Erfolg geleistet. Unser guter inhaltlicher Wahlkampf mit eigenen Plakaten und Foldern, die sich ausschließlich mit Müндener Themen beschäftigten, sowie die personelle

Unterstützung aus dem Kreisverband haben das Ganze abgerundet. Ein ganz besonderer Dank geht hier an Meike und Edgar, die regelmäßig neben ihren Göttinger Terminen an unseren Info-Ständen geholfen haben.

Wie geht's weiter im Rat der Stadt Hannoversch Münden?

Der neue Rat wird wieder aus 34 Ratsmitgliedern bestehen, davon:

15 – SPD, 9 – CDU, 3 – BFMÜ (Bürgerforum), 2 – Die Linke, 2 – Grüne und jeweils 1 Sitz für MÜNA (Abspaltung der SPD), FDP und ALFA.

Erfreulich dabei ist, dass die SPD ihre absolute Mehrheit - dafür sind achtzehn Sitze notwendig - verloren hat. Ob es eine Gruppenbildung zur Mehrheitserlangung geben wird, lässt sich noch nicht sagen;

wünschenswert für eine lebendige Demokratie wäre, wenn sich jeweils sachbezogenen Mehrheiten jenseits festgeklopfter Bündnisse finden. Wir selbst werden mit keiner Gruppierung oder Partei außerhalb von Einzelfragen ein Bündnis eingehen. Interessant wird die Ratsarbeit aber allemal und das beginnt schon auf der konstituierenden Sitzung. Trotz Fraktionsstärke werden wir - nach dem jetzigen Konzept und in Abhängigkeit von den Mehrheitsverhältnissen - kein Stimmrecht im Verwaltungsausschuss haben. Dazu werden wir anregen und gegebenenfalls beantragen, den VA auf acht (oder zehn) Sitze zu erhöhen, zuvörderst jeder Fraktion einen Sitz mit Stimmrecht zu geben und die übrigen dann nach Proporz aufzuteilen.

Wir sind sehr gespannt, wie die an die Macht gewohnten anderen Ratsmitglieder damit umgehen.

Wir werden dauerhaft transparente Entscheidungsprozesse und so wenig nichtöffentliche Sitzungen wie laut Gesetz notwendig einfordern; aber auch über diese Fragen hinaus wird es genügend Arbeit geben: IGS in Münden, Frauenschutzwohnung, Erhalt der Grundschulen, der Nahverkehr u.a., aber auch der weitere Kampf um die Kommunalisierung unseres Krankenhauses wird uns sicher die nächsten fünf Jahre beschäftigen.

► Wagenbartsch statt Wagenknatsch

Der linke und der rechte Flügel der Linken wollen Wagenknecht und Bartsch als Spitzenkandidaten. Das ist ein Affront für die Parteichefs.

Aus: TAZ vom 7.10.2016 (leicht gekürzt)

BERLIN taz | Die parteiinterne Debatte in der Linkspartei um die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl spitzt sich zu. In einer am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme von 40 Landes- und BundespolitikerInnen des linken und des rechten Parteiflügels begrüßten diese eine gemeinsame Spitzenkandidatur der beiden Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht. „Wir halten dieses Angebot auch für richtig, damit der Entscheidungsprozess über diese wichtige Entscheidung nicht ins Stocken gerät.“

Zugleich widersprachen sie der in Medien verbreiteten Darstellung Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch hätten sich auf einer Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstands und der Landeschefs in der vergangenen Woche in Berlin selbst zu SpitzenkandidatInnen ernannt. Diese Darstellung sei „grob wahrheitswidrig und dazu geeignet, die notwendige Diskussion über die Spitzenkandidaturen zu „vergiften.“ Die UnterzeichnerInnen der Erklärung forder-

ten „die unverantwortliche Legendenbildung und die Kampagne gegen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch sofort einzustellen“.

Zu den UnterzeichnerInnen des Papiers gehören zahlreiche Bundestagsabgeordnete, darunter die „Reformer“ Jan Korte und Michael Leutert sowie die Parteilinken Diether Dehm, Sevim Da delen und Annette Groth. Auch die Landesvorsitzenden von Sachsen, Rico Gebhardt, und von Rheinland-Pfalz, Katrin Werner und Alexander Ulrich, stehen unter der Erklärung.

Bemerkenswert ist, dass auf der Liste Leute zusammen gekommen sind, die sonst in inhaltlichen Fragen wie Regierungsbeteiligungen, Auslandseinsätze der Bundeswehr oder Reform der EU auf keinen gemeinsamen Nenner kommen.

Nur zu zwei, nicht zu viert

Der Brief kann als weiterer Affront gegen die Parteivorsitzenden Katja Kipping und

Bernd Riexinger gewertet werden. Die Auseinandersetzung nahm ihren Anfang als der rheinland-pfälzische Landesverband der Linkspartei vorpreschte und sich auf seiner VertreterInnenversammlung für eine Spitzenkandidatur des Duos Bartsch/Wagenknecht aussprach. Damit brachten sie den Fahrplan der Bundespartei durcheinander, nach dem die Parteivorsitzenden das erste Vorschlagsrecht haben. Nach ihrer ursprünglichen Planung wollen sie eigentlich erst zum Jahresende über ihr Personaltableau entscheiden lassen.

Auf dem internen Treffen des geschäftsführenden Parteivorstands mit den Landesvorsitzenden am 26. September im Karl-Liebknacht-Haus nahm Kipping den Ball auf und präsentierte nach Darstellung von TeilnehmerInnen mehrere mögliche Modelle für Spitzenteams vom Quartett bis zum Duo. Wagenknecht und Bartsch sagten damals und mehrfach danach, sie stünden für letztere Option zur Verfügung, für ein Spitzenquartett jedoch nicht. Der Auftritt der Bundestagsfraktionsvorsitzenden sei eindeutig als „Erpressung“ und „Kampfansage“ an Kipping und Riexinger zu verstehen gewesen, berichten einige TeilnehmerInnen der Runde. (...)

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► Danke!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Genossinnen und Genossen,

nun haben wir als Göttinger Linke wieder eine dreiköpfige, voll funktionsfähige Fraktion im Rat der Stadt Göttingen. Dies verdanken wir eurem Einsatz im Wahlkampf und dem Durchhaltevermögen und dem Vertrauen, das ihr auch in kritischen Momenten und schwierigen Phasen für die Göttinger Linke aufgebracht habt.

Wir drei, Rolf, Edgar und Gerd wissen, dass es nicht unser persönlicher Verdienst ist, dass wir die drei Mandate für die Göttinger Linke im Rat besetzen, sondern dass es das Ergebnis davon ist, dass ihr uns jeweils auf den ersten Listenplatz in unserem Wahlbezirk gesetzt habt.

Wir werden alles versuchen, dass wir diesem Vertrauen gerecht werden können. Aber dazu benötigen wir weiterhin eure Hilfe. Beteiligt euch am kommunalpolitischen Arbeitskreis, gebt uns Impulse, Anregungen, aber wenn nötig auch konstruktive Kritik.

Drei Personen allein können nicht alles erfassen, was die Menschen in Göttingen bewegt. Drei Personen können leicht in Gefahr geraten, ihre Überlegungen zum alleinigen Maßstab zu machen und „abzuheben“. Deshalb fordern wir euch ausdrücklich auf: Kontrolliert unsere Arbeit.

Wir werden euch über die Göttinger Blätter, im kommunalpolitischen Arbeitskreis und den Mitgliederversammlungen über die Themen im Rat auf dem Laufenden halten. Wir werden sicher nicht immer

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

fehlerfrei agieren und auch die eine oder andere strittige Entscheidung treffen. Unser Anspruch ist aber, dass wir die Vorgänge im Rat und unsere Arbeit transparent machen.

.....

► Öffentliche Einrichtungen unter öffentliche Kontrolle stellen!

Nun gibt es also eine Strafanzeige in Sachen Volkshochschule gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrat. Es zeigt sich einmal wieder, wie intransparent und völlig von der Öffentlichkeit abgeschirmt auch Aufsichtsräte von 100-prozentig öffentlich, hier kommunal getragenen und finanzierten Gesellschaften agieren und tagen. Der strafbewehrte Vorwurf lautet in diesem Falle, die Weitergabe von vertraulichen Inhalten aus Aufsichtsrats-sitzungen könnte die VHS wirtschaftlich schädigen. Schon kurios, dass es sich bei den an die Öffentlichkeit gelangten Informationen um den Sachverhalt handelt, dass statt einer möglichen fristlosen Kündigung dem bisherigen Geschäftsführer im gegenseitigen Einvernehmen möglicherweise eine Abfindung gezahlt werden soll. Bisher steht immer noch der Verdacht im Raum, dass dieser Geschäftsführer die VHS-Firmen-Kreditkarte zur Begleichung privater Rechnungen eingesetzt haben soll. Möglicher Kreditkartenmissbrauch, Abfindungssumme im fünfstelligen Bereich - wer schädigt hier eigentlich wirklich eine wichtige und angesehene öffentliche Erwachsenenbildungseinrichtung?

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken plädiert seit langem für zumindest in Teilen öffentliche Sitzungen und deutlich mehr Transparenz der Aufsichtsräte kommunaler/städtischer Gesellschaften.

Stellenausschreibung

Wähler/innengemeinschaft
Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Die Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen sucht zum **01. 01. 2017**

eine/n Mitarbeiter*in für das Fraktionsbüro.

Die Stelle ist befristet auf die Dauer der Ratsperiode in Teilzeit (20 Wochenstunden) Bezahlung nach TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst).

Aufgabenbereiche:

- Vorbereitung von Ausschuss-, Rats- und Fraktionssitzungen
- Erstellen von Vorlagen für Anfragen und Anträge
- Entwerfen von Presseerklärungen, Texten für die Website und das Ratsinfo
- Büroorganisation
- Verwalten von Sitzungsunterlagen
- Mittelbewirtschaftung

Voraussetzungen und Kenntnisse:

- Unterstützung der grundlegenden Ziele der Göttinger Linken
- nach Möglichkeit Erfahrungen in der Kommunalpolitik
- Fähigkeit zur selbstständigen Arbeit
- Sicheres Formulieren von Texten
- Erfahrungen in Büroarbeit
- EDV-Anwenderkenntnisse

Wünschenswert:

- Erfahrungen in Parteien, Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen
- Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit
- Erfahrungen im Umgang mit Verwaltungen
- Grundkenntnisse der Buchführung

Die Bewerbungsfrist endet am 18. November um 12.00 Uhr

Bewerbungen bitte schriftlich an:
Göttinger Linke Ratsfraktion
Hiroshimaplatz 1- 4
37073 Göttingen

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

▶ Privatisierung von Dienstleistungen ist kontraproduktiv

Privatisierung im Gesundheitswesen ist sogar gesundheitsgefährdend – Göttinger Asklepios-Kliniken in öffentliche Trägerschaft rückführen!

Zum Schleuderpreis hat Asklepios seinerzeit die beiden Landeskrankenhäuser Tiefenbrunn und auf dem Leineberg vom Land „nachgeschmissen“ bekommen. Kritikern wie der Göttinger Linken wurde vorgeworfen, sie versperrten sich einer modernen Gesundheitsversorgung. Dem Argument private Betreiber und ihre Anteilseigner hätten vorrangig Renditeerwartungen im Auge, wurde entgegengehalten, dies sei reine Polemik. Abgesehen davon, dass Land und Erwerber sich konsequent weigerten, die Vertragsbedingungen offen zu legen, wurde von Beginn der neuen Trägerschaft an zu Lasten des Personals gespart.

Aber auch sogenannte unrentable Patientengruppen wurden ausgesondert, wie die Göttinger Linke schon 2007 monierte. In den Folgejahren kritisierte der Betriebsrat immer wieder die zunehmende Arbeitsverdichtung und -belastung und Patienten beschwerten sich über vermehrte Mängel in der Versorgung. Die Regionalpresse, die über die schlechten Zustände berichtete, versuchte man 2013 über Androhung rechtlicher Schritte mundtot zu machen. Heute nun erfahren wir, dass Asklepios Göttingen in der Patientenbewertung bundesweit auf einem der schlechtesten Plätze landet (klinikbewertungen.de).

▶ Erfolg für Protest und Engagement!

Solidarität und Durchhaltevermögen sind erfolgreich gegen Widerstände, Hinhaltetaktik und Spekulantentum

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken gratuliert den Aktivistinnen und Aktivisten von OM10 zum Erwerb des ehemaligen DGB-Hauses. Wir freuen uns mit den Beteiligten darüber, dass es endlich gelungen ist, mit der Treuhandgesellschaft des DGB zu einer Einigung zu gelangen. Die Weiterführung des nun seit einem Jahr laufenden selbstverwalteten Wohnprojekts für geflohene und andere wohnungslose Menschen auf einer hoffentlich auch finanziell gesicherten Basis ist ein ermutigendes Zeichen für konkretes zivilgesellschaftliches Engagement. Hervorzuheben ist aus unserer Sicht bei diesem Projekt aber auch, dass seit Anbeginn über die reine Unterbringung von Menschen hinaus vielfältige kulturelle, bildungs- und sozialpolitische Aktivitäten von der OM10 im ehemaligen DGB-Haus ausgingen und praktiziert wurden. Auch dies hat mit dazu beigetragen, dass die törichten Worte des DGB-Vertreters Tölle, „die Unterbringung von Flüchtlingen im Zentrum der Stadt“ sei „von vielen Bewohnern nicht erwünscht“, durch das tatsächliche Verhalten vieler

Göttinger*innen widerlegt wurde und die Akzeptanz und die Unterstützung erfreulich positiv war und ist.

Die Göttinger Linke hätte sich in dem fast ein Jahr andauernden Schwebestadium für das Projekt deutlich mehr aktive Unterstützung durch Rat und Verwaltung gewünscht. Die bundesweite Anerkennung, der Respekt und die Unterstützung für die OM10-Aktivist*innen hat diese eher defensive Haltung von Entscheidungsträgern vor Ort aber dann zumindest ideell ein Stück kompensiert. Nach dem lange Zeit unverständlichen, in Teilen sogar ärgerlichen Verhalten einiger DGB-Oberen dürfte aber auch Sebastian Wertmüller zu danken sein. Er war nach Hartmut Tölles Rückzug Verhandlungsführer des DGB. Er scheint den Weg mit dazu bereit zu haben, dass dieses letztlich erfreuliche Ergebnis erzielt werden konnte. Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass sich möglichst viele Unterstützer*innen - vielleicht auch aus dem öffentlichen Raum - finden, die diesen Göttinger „Leuchtturm“ auch finanziell fördern.

Auch das Personal ist weiterhin mit den Arbeitsbedingungen höchst unzufrieden. Von einer ernsthaften Personalbemessung und -fürsorge kann keinerlei Rede sein. Für die Göttinger Linke ist es ein gesellschaftlicher Skandal, dass große Teile der Gesundheitsvorsorge zur Ware verkommen. Wir fordern das Land auf, seiner Fürsorgepflicht nachzukommen. Wir erwarten, dass endlich das Vertragswerk des damaligen Verkaufs offengelegt wird, mögliche Nebenabsprachen zum Schutze des Personals auf Einhaltung hin überprüft werden und eine Rückabwicklung des Verkaufs ernsthaft geprüft und in Erwägung gezogen wird. Das muss transparent geschehen und darf auf keinen Fall dazu führen, dass Asklepios über einen übersteuerten Rückkaufswert zum zweiten Mal ein riesen Schnäppchen macht.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Mitgliederversammlung

**Montag, 14.11.2016, 19:00 Uhr,
Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Rechenschaftsbericht SprecherInnenkreis
3. Bericht der Fraktion
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Aussprache
7. Neuwahlen SprecherInnenkreis
8. Antrag und Beschlussfassung zur Satzungsänderung
9. Verschiedenes
10. Schlusswort

Antrag zur Satzungsänderung:

Der SprecherInnenkreis der WählerInnenngemeinschaft Göttinger Linke beantragt folgende Satzungsänderung:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen, den Satz 2 im § 5 der Satzung der WählerInnenngemeinschaft Göttinger Linke wie folgt zu ändern:

Bisherige Formulierung:

(2) Kollektive Mitglieder können politische Parteien und Wählervereinigungen werden.

Neue Formulierung

(2) Kollektive Mitglieder können politische Parteien, Wählervereinigungen, eingetragene Vereine, aber auch Initiativen und Bündnisse werden.

(...) Fortsetzung „Wenn wir uns ...“ von Seite 1

Es geht um insgesamt Tausende würdige Wohnungen, die für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen jeweils unter einem gemeinsamen Dach zur Verfügung stehen müssen. Und das in allen Stadtvierteln.

Eine Menge Geld muss dafür in die Hand genommen werden. Aber mit dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung dürfte das durchzusetzen sein: Das gesamte private Vermögen in Deutschland beträgt 10,5 Billionen Euro. Davon besitzt das oberste Promille - also rund 80.000 Menschen - fast dreiundzwanzig Prozent. Diese 80.000 Menschen besitzen also fast 2,5 Billionen . Zur Erläuterung, wie groß diese Wertsumme in der Hand eines Tausendstel der Bevölkerung ist: Die gesamte deutsche Staatsverschuldung (alle

Schulden sind berücksichtigt, von Bund, Ländern, Kommunen, Sozialversicherungen, ...) beträgt weniger, nämlich rund 2 Billionen Euro.



Zurück zur Kommune. Es geht bei der Wohnungsfrage ebenso wie bei sehr

vielen anderen einzelnen Themen darum: Sollen wenige Menschen einen immer größeren Reichtum anhäufen und das Gemeinwesen Ihnen dafür immer bessere Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen oder soll der Staat regulierend eingreifen? Hierzu muss er sich selbst in die Lage versetzen, durch die Erhebung von Steuern, und dies besonders von den zuletzt genannten Superreichen. Statt dass sie durch die Spekulation mit öffentlicher Daseinsvorsorge noch ihren Reibach machen, müssen vor allem sie die Kosten aus erklecklichen Teilen ihres angehäuften Reichtums finanzieren, statt ihn noch weiter auf den Schultern der Bevölkerung hier und weltweit zu vermehren.

► Wofür außer kommunalem Wohnungsbau ist „mehr Geld“ notwendig?

Für eine sozial-ökologisch ausgerichtete Kommune! Da wäre z. B. ein intelligentes ÖPNV-System, in welchem auch Elektrobusse eine wichtige Rolle spielen sollten. Dies könnte den Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich leicht, umweltschonend und kostengünstig entsprechend ihren Bedürfnissen innerhalb unseres Landkreises von A nach B zu bewegen. Gut ausgebaute Schwimmbäder, die für die Bürger*innen aus allen Stadtteilen erreichbar und deren Besuch auch für den kleinen Geldbeutel bezahlbar sind, wären ein enormer Gewinn an Lebensqualität und sie würden helfen, die Fähigkeit zu schwimmen in der Bevölkerung wieder zu steigern. Auch Leute, die sich derzeit keinen regelmäßigen Besuch in der Eiswiese leisten können, könnten dann wieder wie in der Vergangenheit ganzjährig schwimmen gehen. Wenn solche Veränderungen auch in weiteren Kommunen stattfinden würden, dann würde das vielleicht helfen, die Zahl der Badeunfälle mit Todesfolge bundesweit, die ja in den letzten Jahren massiv zugenommen haben, wieder zu verringern. Auch der DLRG fordert, dass die Kommunen wieder mehr Schwimmbäder bereit stellen sollen (Süddeutsche Zeitung vom 30. Juli 2016).

Schulen, KiTas und Krippen, zu großem Teil durch die Kommune finanziert, sollten mit gut bezahltem Personal entsprechend

dem Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Das Gleiche gilt für Krankenhäuser: Sie müssen wieder zu größtem Teil in kommunale Trägerschaft überführt und mit Hilfe von Subventionen gut ausgestattet werden. Heute versuchen sie im Rahmen des Systems von Fallpauschalen, Gewinne zu erwirtschaften. „Blutige“ Entlassungen, überfordertes Personal, Hygienemängel und Kunstfehler sind die Folgen der Art des Managements, das durch Sparpolitik und private Geschäftemacherei Einzug gehalten hat. Man kann viele weitere Beispiele aufzählen, wo in der Kommune Geld eingesetzt werden muss. Kultureinrichtungen, sowohl die „Hochkultur“ wie Deutsches Theater, Junges Theater usw. als auch viele kleine Initiativen könnten entsprechend ihrem Bedarf gut finanziert sein. Die Grünanlagenpflege könnte wieder Sache von angestellten Personen im öffentlichen Dienst sein, die von ihrem Lohn ihre Familien ernähren könnten. Zur Zeit müssen zunehmend 1-Euro-Jobber diese Arbeiten verrichten. Sie werden dabei fast noch wie „erwerbslos“ behandelt. Sehr Vieles liegt im Argen und es liegt meist am Geld.

Wie könnten die notwendigen Veränderungen erreicht werden? Sicherlich nicht, indem die Stadt einen rigorosen Sparhaushalt nach dem anderen auflegt, sich auch noch einem sogenannten Zu-

kunftsvertrag unterwirft und gemeinsam mit den anderen Kommunen an die Bundesregierung die Botschaft sendet, dass man mit den geringen zugeteilten Geldern irgendwie wirtschaften konnte. Zum Ende des kommunalen Finanzjahres gibt es aus Kommunen und Ländern regelmäßig Erfolgsmeldungen, dass man das „Defizit“ möglichst niedrig gehalten habe - wenn man nicht sogar besonders stolz die „schwarze Null“ vorzeigt. Dann interessiert es nicht mehr, wie sehr Einrichtungen und mit ihnen die dort tätigen Beschäftigten und die Bevölkerung „auf Verschleiß“ gefahren wurde.

Diese Misere ist sicherlich ein wichtiger Grund dafür, dass die sogenannten etablierten Parteien bei Wahlen zunehmend Stimmen verlieren und die AfD sich als vermeintlicher Strohalm über Zuwachs freuen kann. Der einzige Ausweg ist derjenige, welchen die Göttinger Linke schon im vorigen Kommunalwahlkampf aufgezeigt hat: Sämtliche Gelder, welche für kommunale Aufgaben notwendig sind, müssten ohne Rücksicht auf den Kassenstand in den Haushalt eingestellt werden. Wenn das Land diesen Haushalt als angeblich „illegal“ nicht genehmigte, dann ginge es darum, gemeinsam mit der Bevölkerung, am besten gemeinsam mit weiteren Landkreisen massiven Protest nach Hannover zu tragen. Dies wären Grundzüge oppositioneller Politik, welche dem neoliberalen „es gibt keine Alternative zum Sparen“ wachsenden Widerstand entgegen bringen könnte: Wachsenden Widerstand mit jeder weiteren Zumutung in der Kommune, mit jedem weiteren angeblich unumgänglichen Rettungspaket für marode Banken (und für deren unersättliche Gläubiger*innen aus der besseren Gesellschaft).